



Rentenkosten treiben Staatsbudget

Michael Fiedler

Deutschland gibt anteilig mehr für soziale Sicherung aus als klassische Wohlfahrtsstaaten als Schweden oder Dänemark. Eine neue Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt: Vor allem die Alterssicherung treibt die Staatsausgaben – während Bereiche wie Bildung und öffentliche Investitionen ins Hintertreffen geraten.

Deutschland überholt nordische Länder – bei Sozialausgaben

Die Bundesrepublik hat ihre öffentlichen Ausgaben in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich umgeschichtet. Laut aktueller IW-Analyse floss 2023 rund 41 Prozent der gesamten Staatsausgaben in die soziale Sicherung. Damit liegt Deutschland sogar vor den nordischen Ländern, die traditionell als besonders großzügige Wohlfahrtsstaaten gelten und 2023 40 Prozent für Soziales aufwendeten.

Die IW-Studie vergleicht die Ausgaben in Deutschland, Österreich, Schweiz, den Benelux-Staaten und den nordischen Ländern zwischen 2001 und 2023 auf Basis der OECD-Daten. Die Befunde zeigen nicht nur unterschiedliche Prioritäten – sondern auch unterschiedliche finanzielle Belastungen einzelner Systeme.

Kostentreiber Alterssicherung: knapp die Hälfte aller Sozialausgaben

Innerhalb der sozialen Sicherung sticht ein Bereich heraus: die Rente. Etwa die Hälfte der gesamten deutschen Sozialausgaben entfällt inzwischen auf die Alterssicherung – also auf Leistungen für Rentnerinnen und Rentner sowie verschiedene rentennahe Posten. IW-Ökonom Björn Kauder beschreibt die Lage so: „Vor allem die Alterssicherung zehrt einen großen Teil der Einnahmen auf.“ Ohne strukturelle Eingriffe werde das System weiter wachsen und damit langfristig die Spielräume des Bundes weiter verengen.

Die Rentenkosten werden damit nicht nur zum größten Einzelposten im sozialen System – sie prägen zunehmend die gesamte Haushaltsstruktur. Steigende Rentenausgaben wirken sich über Umlage und Steuerzuschüsse unmittelbar auf die Gesamtfinanzen aus.

Schweden als Reformbeispiel: Mischsystem aus Umlage und Kapitaldeckung

Als Gegenmodell verweist die Studie auf Schweden. Das Land habe bereits vor rund 25 Jahren eine tiefgreifende

Reform umgesetzt, die das Rentensystem auf eine Mischform aus Umlageverfahren und Kapitaldeckung umstellte. Kauder betont: „Ohne eine Rentenreform werden die Kosten explodieren – zulasten der Steuerzahler.“ Die Rentendynamik gilt damit als zentraler Hebel, um langfristige Belastungen zu verringern und die aktuellen Prioritäten im Bundeshaushalt neu zu justieren.

Bildungsausgaben: Deutschland

Schlusslicht im Vergleich

Während die Sozialausgaben wachsen, bleibt der Bildungsbereich unterdurchschnittlich ausgestattet. Nur neun Prozent der deutschen Staatsausgaben flossen 2023 in Bildung – deutlich weniger als:

- nordische Länder (12,5 Prozent),
- Österreich und Schweiz (jeweils rund die Hälfte mehr als Deutschland).

Damit liegt Deutschland im internationalen Vergleich abgeschlagen am unteren Ende – trotz breiter Debatten über Fachkräftemangel, Bildungsqualität und Modernisierungsbedarf im Schulsystem.

Öffentliche Investitionen ebenfalls niedrig

Ähnlich schwach fällt Deutschland bei den staatlichen Investitionen aus. Sechs Prozent der Staatsausgaben entfielen 2023 auf öffentliche Investitionen – weniger als:

- nordische Länder (über neun Prozent),
- Österreich und Schweiz (über acht Prozent),
- EU-Durchschnitt (über sieben Prozent).

Gleichzeitig steigen hierzulande die Verwaltungsausgaben: Mit elf Prozent der Gesamtausgaben liegt Deutschland auch hier vor seinen Nachbarländern.

Methodik: Vergleich wirtschaftlich und kulturell ähnlicher Staaten Die IW-Studie basiert auf OECD-Daten, die öffentliche Ausgaben seit 2001 einheitlich kategorisieren. Berücksichtigt werden zehn große Ausgabenblöcke – darunter soziale Sicherung, Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Verwaltung und öffentliche Ordnung. Verglichen wurden Länder mit ähnlich entwickelten Volkswirtschaften und vergleichbaren institutionellen Strukturen: Deutschland, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz sowie Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland und Island.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947058/Rentenkosten-treiben-Staatsbudget/>